

# EU-Nachrichten 06 2017

## KURZ & KNAPP

### **Kinder auf der Flucht** 3

EU verstärkt Schutz minderjähriger Migranten

## IM FOKUS

### **Verhandlungen über Brexit** 4

Schicksal der Menschen im Mittelpunkt

### **Roaming-Gebühren** 5

Ab Juni Telefonieren und Surfen ohne Aufpreis

Die nächste Ausgabe der EU-Nachrichten erscheint am 04. Mai 2017.

## UNGARN

### **EU-Kommission besorgt über Entwicklung**

Auf Initiative von Präsident Jean-Claude Juncker hat das Kollegium der Kommissare eine Debatte über die jüngsten Entwicklungen in Ungarn geführt. Dabei wurden das ungarische Hochschulgesetz erörtert, der Gesetzentwurf über die Auslandsfinanzierung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die „Stopp Brüssel!“-Bürgerbefragung durch die ungarische Regierung und die anhaltenden rechtlichen Bedenken der Kommission in den Bereichen Asyl und Nichtdiskriminierung.

Das Kollegium entschied, rechtlich ausgereifte Vertragsverletzungsverfahren bis Ende dieses Monats vorzulegen. Die Kommission wird sich auch selbst an der „Stopp Brüssel!“-Bürgerbefragung beteiligen und ihre Stellungnahme veröffentlichen. „Das Kollegium war einig, dass nun ein breiter politischer Dialog zwischen den ungarischen Behörden, den anderen Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament und der Kommission geboten ist“, sagte der Erste Vizepräsident Frans Timmermans.

**Wortlaut Timmermans**



Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und UN-Generalsekretär António Guterres haben bei der internationalen Geber-Konferenz in Brüssel über die Zukunft Syriens und der Region beraten.

## INTERNATIONALE GEBERKONFERENZ

### **EU setzt sich für Frieden in Syrien ein**

Der Krieg in Syrien geht in sein siebtes Jahr. Experten sprechen von der aktuell schlimmsten humanitären Tragödie in der Welt. Bis 2014 kamen laut Vereinten Nationen 240.000 Menschen ums Leben, nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen könnten es heute doppelt so viele sein. Über elf Millionen Syrer sind auf der Flucht, die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur sind derzeit unermesslich.

> Ein Ende der Kämpfe ist nicht in Sicht, die jüngsten Attacken mit Giftgasopfern in der Zivilbevölkerung und US-Bombardierungen syrischer Luftwaffenstandorte haben die Spannungen eher vergrößert. Doch die EU und internationale Partner setzen sich weiter für Frieden ein.

Eine Beendigung der Kämpfe sei nach den schrecklichen aktuellen Ereignissen noch dringlicher geworden, sagte die EU-Außenbeauftragte und Vizepräsidentin der EU-Kommission Federica Mogherini bei einer Geberkonferenz zur Unterstützung Syriens in

Brüssel. Sie war von der EU gemeinsam mit Deutschland, Kuwait, Katar, Norwegen, Großbritannien und der UN organisiert worden. Nach Überzeugung der EU gibt es keine militärische Lösung für den Syrien-Konflikt. Nötig sei ein umfassender Ansatz. Der so genannte Islamische Staat und andere Terroristen müssten bekämpft werden, Flüchtlinge und die leidende Zivilbevölkerung bräuchten humanitäre Hilfe und Zukunftsperspektiven, und bei den UN-geführten Gesprächen in Genf müssten alle syrischen Konfliktparteien einen dauerhaften Frieden und politischen Neuanfang aushandeln, erklärten die Konferenzteilnehmer. >>

## EU-HILFE FÜR SYRIEN SEIT BEGINN DES KONFLIKTS 2011

**9,4 MRD. EURO AUS DEM EU-HAUSHALT  
UND VON MITGLIEDSTAATEN**

### Humanitäre Notfallhilfe

1,45 Mrd. Euro aus EU-Haushalt  
z.B. für:

- > Zugang zu Wasser und Sanitäreinrichtungen für ca 2 Millionen Menschen
- > Nahrungsmittel für 850.000 Menschen
- > Unterkünfte und Grundausstattung für 1 Million Menschen
- > Schutzprogramme für 350.000 Kinder

### Nicht-humanitäre Hilfe

2,4 Mrd. Euro aus EU-Haushalt  
z.B. für:

- > Unterstützung bei Einrichtungen für Flüchtlinge, z.B. Schulen und Ausbildung
- > Unterstützung der Zufluchtsländer Jordanien, Libanon, Türkei
- > Zerstörung von waffenfähigen Chemikalien
- > Unterstützung von Zivilgesellschaft, Versöhnung, Konfliktvermeidung

Foto: cemT / Shutterstock.com

Quellen: EU-Kommission

werden für 2018 zusätzlich 560 Mio. Euro für Menschen in Syrien, Jordanien und Libanon verfügbar gemacht, womit die EU ihr Engagement fortsetzt, das sie etwa bei früheren Geberkonferenzen wie in London 2016 gezeigt hat.

Gabriel bedankte sich bei Jordanien, dem Libanon und der Türkei für die „un glaublich große Zahl“ an Flüchtlingen, die sie aus Syrien aufgenommen hätten, obwohl diese Länder deutlich weniger wohlhabend seien als etwa die EU-Staaten. Diese hätten angesichts der geringen Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, „Grund sich zu schämen“. Das betreffe „nicht Deutschland, Österreich, Schweden, einige wenige Länder, aber Europa insgesamt“, sagte Gabriel. In den Nachbarländern Syriens gebe es eine immer größere Konkurrenz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, etwa um Häuser, Wohnungen, Schulplätze, und die Unterstützung dieser Länder diene auch der Stabilisierung der Region.

### „Verlorene Generation“ vermeiden

Mogherini sagte, Syriens Nachbarn „brauchen unsere fortdauernde Hilfe und sie werden sie weiterhin bekommen“. Neben der unmittelbaren humanitären Hilfe gehe es auch darum, den Menschen Zukunftsperspektiven zu eröffnen. „Wir können keine verlorene Generation akzeptieren“, unterstrich Mogherini. Deshalb sei ein Ziel, allen Kindern eine niveauvolle Erziehung und Bildung zu ermöglichen. Die Teilnehmer der Geberkonferenz betonten in ihrer Abschlusserklärung, das gelte nicht nur für Kinder in Flüchtlingsunterkünften, sondern auch für die 1,75 Millionen Kinder, die derzeit in Syrien selbst nicht zur Schule gehen können. (frh) >

### ■ Syrien-Konferenz in Brüssel

#### Humanitäre Hilfe

Rund 13,5 Millionen Menschen in Syrien brauchen laut EU-Kommission humanitäre Hilfe, darunter rund 6,3 Millionen, die im eigenen Land auf der Flucht sind. 4,9 Millionen Menschen sind in belagerten oder schwer zu erreichenden Gebieten von der Außenwelt abgeschnitten. Die EU setzt sich für Waffenstillstand und für den ungehinderten Zugang von Hilfsorganisationen zu allen Bedürftigen ein. Hilfsgüter der EU werden über die Vereinten Nationen und internationale Hilfsorganisationen verteilt.

>> „Nur die Syrer können die Lösung finden, die den Frieden sichert“, sagte Mogherini. „Aber das heutige Versprechen der internationalen Gemeinschaft und der Länder der Region, sie beim Streben nach einer friedlichen Zukunft zu unterstützen, ist grundlegend wichtig.“ Bundesaußenminister Sigmar Gabriel unterstrich ebenfalls die Bedeutung eines umfassenden Ansatzes zur Konfliktlösung und betonte auch die „große Verantwortung“ von Ländern wie Russland, den USA, Saudi-Arabien und Iran, den politischen Prozess voranzubringen.

An dessen Ende könne nicht stehen, dass der syrische Präsident Baschar al-Assad „in seinem Land weiter Bürgerkrieg betreiben kann, Menschen foltern, Menschen verschwinden lassen kann“, sagte Gabriel. In der von den EU-Außenministern angenommenen und von der EU-Kommission vorgeschlagenen Syrien-Strategie heißt es, dass es unter dem gegenwärtigen Regime keinen dauerhaften Frieden geben kann.

Das syrische Regime habe einer UN-Untersuchung zufolge zumindest 2015 Chemiewaffen eingesetzt, erklärte Mogherini. Wer für die jüngsten Giftgasopfer verantwortlich sei, müsse eine unparteiische Untersuchung zeigen. Der Einsatz von chemischen Waffen sei ein Kriegsverbrechen, ihr Einsatz müsse so-

fort aufhören und die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen werden „wer auch immer sie sind“, sagte Mogherini. Nach den US-Bombardierungen eines syrischen Luftwaffenstützpunkts erklärte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, er verstehe die Bemühungen, weitere Angriffe mit chemischen Waffen zu verhindern. „Es gibt einen klaren Unterschied zwischen Luftschlägen gegen militärische Ziele und dem Einsatz chemischer Waffen gegen Zivilisten“, erklärte Juncker.

### 5,6 Mrd. Euro für 2017 zugesagt

Bei der Geberkonferenz für Syrien und die Nachbarländer, in denen die meisten der gut 5 Millionen aus Syrien geflohenen Menschen Zuflucht gefunden haben, sagten die Delegierten von über 70 Ländern und internationalen Organisationen für dieses Jahr Hilfgelder in Höhe von 6 Mrd. US-Dollar (5,6 Mrd. Euro) zu. Für die Jahre 2018 bis 2020 gab es bereits Zusagen von 3,47 Mrd. Euro. Von den Hilfgeldern für dieses Jahr bringt die EU 3,7 Mrd. Euro auf, wobei 1,275 Mrd. Euro für humanitäre Hilfe und die Stabilisierung des Landes aus dem EU-Haushalt kommen. Der Rest stammt aus Kassen der Mitgliedstaaten.

Deutschland will 2017 und 2018 zwischen 1,1 und 1,3 Mrd. Euro bereitstellen. Im EU-Haushalt

## KINDER AUF DER FLUCHT

**Schutz minderjähriger Migranten wird verstärkt**

Die EU-Kommission will den Schutz für alle minderjährigen Migranten bei ihrer Ankunft in der EU weiter stärken. „Die Zahl der Kinder, die in Begleitung von Familienangehörigen oder allein in der EU ankommen, ist dramatisch gestiegen. Wir müssen dafür sorgen, dass Kinder, die Schutz benötigen, ihn auch erhalten. Und wir müssen jetzt handeln. Es ist unsere moralische und rechtliche Verpflichtung. Darum stellen wir heute eine Reihe konkreter Maßnahmen vor, um das Wohlergehen aller Kinder, die in der Europäischen Union ankommen, besser zu schützen, zu fördern und zu wahren“, erklärte Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Kommission.

Dabei soll vor allem eine rasche Identifizierung und kindgerechte Versorgung sichergestellt werden, um den Kindern so schnell wie möglich

langfristige Perspektiven durch einen besseren Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung zu bieten. Zwar verfügen die EU und ihre Mitgliedstaaten über einen soliden Schutzrahmen, doch der jüngste Zustrom hat die nationalen Systeme unter Druck gesetzt und Lücken und Unzulänglichkeiten aufgezeigt. So muss zum Beispiel den Kindern während der Bestimmung ihres Status mehr geschultes Personal zur Seite gestellt werden.

■ [Schutz für minderjährige Migranten](#)



## EUROGRUPPE

**Einigung mit Griechenland auf Hauptelemente von Reform**

Griechenland und seine Gläubiger haben sich auf die Hauptpunkte einer Reformvereinbarung verständigt, die schnell den Weg zu weiteren Hilfen freimachen soll. „Wir haben eine Vereinbarung auf diese übergreifenden Elemente“, sagte Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem nach der Sitzung der Euro-Finanzminister in Valletta. „Die großen Blöcke sind nun geklärt.“ Dies solle eine beschleunigte endgültige Einigung ermöglichen und sei die Grundlage für eine Rückkehr der Fachleute nach Athen. Vereinbart worden seien Zeit, Umfang und Abfolge von Reformen. Dijsselbloem sprach von einem „Zwei-Prozent-Reformpaket“ vor allem bei den Pensionen im Jahr 2019 und der Einkommensteuer 2020. Mit den Reformen soll in den beiden Jahren jeweils ein Betrag von 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erbracht werden. „Das bringt uns zurück auf einen guten Weg“, sagte der Chef des Europäischen Stabilitätsmechanismus, Klaus Regling.

Auch der IWF habe die Verständigung in Valletta mitgetragen, betonte Dijsselbloem. „Ich könnte nicht über eine Einigung auf diese Punkte sprechen, wenn der IWF nicht zugestimmt hätte.“ Der Niederländer rief die griechische Regierung und die Gläubigerinstitutionen nach der Sitzung auf Malta dazu auf, nun so schnell wie möglich „die letzten Pünktchen auf die Is zu setzen“. Auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mahnte zu einer schnellen Einigung. „Wenn es länger dauert, wird die Unsicherheit in Griechenland wachsen“, sagte er.

■ [Erklärung der Eurogruppe zu Griechenland](#)

## KFZ-TYPZULASSUNG

**Bundesregierung lehnt gegenseitige Kontrolle ab**

Entgegen der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen gegenseitigen Prüfung der nationalen Behörden für die Kfz-Typgenehmigung, die strenge Abgaskontrollen sicherstellen soll, setzt die Bundesregierung auf eine „unabhängige Qualitätsüberprüfung von Typgenehmigungen“. Dies geht aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion im Bundestag hervor. Die EU-Kommission strebt eine Reform der Typzulassung und der Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen an. Sie will damit die Konsequenzen aus dem Abgasskandal ziehen und künftig nationale Alleingänge verhindern. Dazu hat sie vorgeschlagen, dass eine nationale Genehmigungsbehörde alle zwei Jahre von zwei Behörden anderer EU-Länder überprüft wird.

Die Erlaubnis zur Herstellung eines Fahrzeugs wird in Deutschland vom Kraftfahrtbundesamt erteilt. Die technische Überprüfung erfolgt dabei durch Organisationen wie TÜV und Dekra. Nach den Vorstellungen der Kommission sollen die technischen Prüforganisationen unabhängiger von den Autoherstellern werden. Die Regierung will der Antwort zufolge mit Hilfe eines Rotationsverfahrens unter den Prüforganisationen die Abgaskontrollen gewährleisten. Statt der von der Kommission vorgeschlagenen Gebührenfinanzierung der technischen Prüfdienste schlägt die Regierung ein „Kontrollverfahren durch einen zweiten technischen Dienst“ vor.

■ [Der Vorschlag der Kommission](#)

**EUROPÄISCHES SOLIDARITÄTSKORPS Attraktive Angebote für junge Menschen schaffen**

Mit rund 500 Vertretern von Freiwilligen- und Jugendorganisationen, Arbeitsverwaltungen und jungen Menschen hat die EU-Kommission die künftige Ausgestaltung des Europäischen Solidaritätskorps (European Solidarity Corps – ESC) beraten. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sagte: „Jede Geste der Solidarität bewegt etwas Positives. Wenn wir die Handlungen Einzelner zu einer gemeinsamen europäischen Initiative zusammenführen, profitiert die Gesellschaft insgesamt. Das ist der Sinn des Europäischen Solidaritätskorps.“

Ziel der Konferenz war es zu klären, wie attraktive Angebote für junge Menschen und Organisationen gestaltet sein sollen und wie sichergestellt werden kann, dass das Solidaritätskorps effektiv daran mitwirkt. Den Teilnehmern des ESC soll der Übergang in den Arbeitsmarkt und die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden. Die Ergebnisse der Beratungen fließen in den Gesetzgebungsvorschlag der Kommission zur Zukunft der Initiative ein, der noch im Verlauf des Frühjahrs vorgelegt werden soll. Seit dem Start des Europäischen Solidaritätskorps im Dezember 2016 haben sich bereits mehr als 27.000 junge Menschen für das Solidaritätskorps angemeldet. Organisationen, die Plätze in Solidaritätsprojekten bereitstellen, können seit März auf eine Online-Datenbank zugreifen, um nach geeigneten Beschäftigten, Praktikanten oder Freiwilligen für ihre Aktivitäten zu suchen.

■ [Mehr zum Europäischen Solidaritätskorps](#)

## Schicksal der Menschen soll im Mittelpunkt stehen



Fair, aber ohne „nachsichtige Naivität“ sollen laut EU-Kommissionspräsident Juncker die Verhandlungen über den britischen EU-Austritt geführt werden.

Die Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU, die bis Ende März 2019 abgeschlossen sein sollen, stellen beide Seiten vor immense Herausforderungen. Die „Scheidungsanwälte“, allen voran der EU-Verhandlungsführer und ehemalige EU-Kommissar Michel Barnier, „werden nun im Detail die vielen Errungenschaften auseinander dividieren müssen, die wir in 44 Jahren gemeinsamer – nicht krisenfreier – Ehe angehäuft haben“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Europäischen Parlament. Dabei müsse zunächst das Schicksal der über vier Millionen Menschen im Mittelpunkt stehen, die berufliche und familiäre Brücken von und nach Großbritannien geschlagen haben.

> Die Menschen hätten im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der EU Kinder in die Schule geschickt, Geschäfte gemacht und sich so ein auf Dauer angelegtes Leben aufgebaut. „Wir treten dafür ein, dass Arbeitnehmer, Unternehmer, Studenten und Rentner nicht diejenigen sein werden, die den Preis für den Brexit zahlen. Menschen sind keine Verhandlungsmasse, und sie dürfen nicht zum Faustpfand in den Verhandlungen werden“, betonte Juncker.

Der Kommissionspräsident befindet sich damit auf einer Linie mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, der Vorschläge für die Leitlinien der Brexit-Verhandlungen gemacht hat. Über diese sollen die Staats- und Regierungschefs der künftig 27 EU-Staaten bei einem Gipfeltreffen am 29. April beschließen und Barnier und seinem Team danach das Verhandlungsmandat erteilen. Bevor sich die EU auf Gespräche über die Zukunft einlässt, will Tusk zudem sichergestellt wissen, dass London alle seine als EU-Mitglied gemachten finanziellen Zusagen und Verpflichtungen auch nach dem Austritt erfüllt. Möglichst rasch geklärt werden soll auch die Grenzfrage zwischen Irland und Nordirland.

Erst wenn in diesen vier Fragen „ausreichender Fortschritt“ erreicht worden sei, könne über die Grundzüge der künftigen Beziehungen gesprochen werden, sagte Tusk. Den Wunsch der britischen Regierung, über Austritt und künftige

Beziehungen parallel zu sprechen, nannte EU-Chefunterhändler Barnier „sehr riskant“. Die EU wolle hier keine zusätzlichen Schwierigkeiten für London schaffen, aber um die Verhandlungen in zwei Jahren abschließen zu können, müssten zunächst die Unsicherheiten für Bürger, Unternehmer und Zahlungsempfänger aus dem Weg geräumt werden, sagte Barnier. „Wir müssen hier klar sagen, dass wir das Vereinigte Königreich niemals bestrafen werden oder auch nur einen Euro mehr verlangen werden, als es schuldet“, unterstrich Barnier. Aber alle etwa über den langfristigen EU-Haushalt gemeinsam eingegangenen Verpflichtungen müssten erfüllt werden. So könne das nötige Vertrauen aufgebaut werden, um anschließend über künftige Beziehungen und Übergangsregeln zu verhandeln.

Auch die Bundesregierung stellte klar, dass sie zuerst die Auflösung der Bindungen zu London klären und erst dann über die künftigen Beziehungen reden will. Und das Europäische Parlament, dessen Zustimmung für einen Austrittsvertrag nötig ist, stellte sich in einer Entscheidung hinter alle diese Prinzipien.

### „Kein Deal“ ist schlecht für alle

Für zukünftigen Beziehungen der Briten zur EU stellte Kommissionspräsident Juncker klar: „Ein Drittstaat kann nicht die gleichen Vorteile haben wie ein Mitgliedstaat“. Der SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen sagte: „Es könnte gut und gerne zehn Jahre dauern, bis ein Frei-

handelsabkommen unterschriftsreif ist.“ Das Europaparlament werde einem solchen nur zustimmen, wenn Großbritannien sich „keine unfairen Wettbewerbsvorteile verschaffen kann“, sagte Leinen.

Juncker betonte, die EU wolle „in aller Fairness“, aber ohne „nachsichtige Naivität“ über den Austritt verhandeln. Keinen Deal zu erreichen wäre der ungünstigste Fall „für Forschung, für polizeiliche Zusammenarbeit, für Handel – kurzum: Kein Deal heißt, niemand gewinnt, alle werden verlieren“, sagte Juncker. (frh) >

### Juncker zum Brexit

#### Neue Chancen für die 27

Der britische Austritt mache die EU-Partner „tief traurig“, sagte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Doch sei er andererseits Geburtsstunde der EU der 27, die mit neuer Energie die Integration vorantreiben wollten. „Wir haben die Möglichkeit wieder enger zusammenzustehen, uns aufeinander zu verlassen und uns mehr zuzutrauen“, sagte auch Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU im Europaparlament. „Geeint können wir dieses Gefühl wieder nach außen tragen und so mit dem Projekt Europa in der Öffentlichkeit wieder für Begeisterung sorgen“, erklärte er. Die Pro-Europa-Demonstrationen auch in Deutschland seien ein Zeichen dafür.

TELEFONIEREN UND SURFEN OHNE AUFSCHLÄGE AB JUNI

## Letzter Baustein in die EU-Roaming-Gesetzgebung eingefügt

Der für Mitte Juni vereinbarten weitgehenden Abschaffung der Roaming-Gebühren im EU-Binnenmarkt steht nichts mehr im Weg. Das Europäische Parlament hat die im Februar mit Vertretern der Mitgliedstaaten ausgehandelten Obergrenzen für die Großhandelsstarife mit großer Mehrheit befürwortet. Damit wird der letzte noch fehlende Baustein in die EU-Roaming-Gesetzgebung eingefügt. Denn damit das Aus für die Roaming-Tarife für die Netzbetreiber kein Verlustgeschäft wird, müssen die Gebühren sinken, die sich die Mobilfunkanbieter gegenseitig in Rechnung stellen können, wenn ihr Kunde ein Netz im EU-Ausland nutzt.



Aus Furcht vor hohen Kosten soll niemand mehr bei Reisen in der EU sein Mobiltelefon abschalten müssen.

> „Exorbitante Roaming-Preise waren eine Anomalie auf einem Kontinent, wo sich Menschen frei über Ländergrenzen hinweg bewegen“, begrüßte Andrus Ansip, der für den Digitalen Binnenmarkt zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, die Entscheidung. „Mit dem Ende der Roaming-Kosten für Reisende wird es einen sehr viel dynamischeren digitalen Binnenmarkt geben. Endlich können Menschen aufhören, ihre Datenfunktion oder ihr Telefon auszuschalten wenn sie eine EU-Binnengrenze überschreiten, und das wird sich sofort positiv auf das Leben der Europäer auswirken“, sagte Ansip.

Der Kompromiss der beiden EU-Gesetzgeber sieht vor, die Großhandelspreise für Datenroaming zwischen dem 15. Juni bis zum 1. Januar 2022 in sechs Stufen zu deckeln. Ab Mitte Juni gilt eine Obergrenze von 7,7 Euro pro Gigabyte, die ab 1. Januar 2018 auf 6 Euro gesenkt wird, ab Januar 2019 auf 4,50 Euro, ab Januar 2020 auf 3,50 Euro, ab Januar 2021 auf 3 Euro und ab Januar 2022 auf 2,50 Euro. Für die Zustellung von Handyanrufen dürfen sich die Mobilfunkbetreiber ab Mitte Juni nur noch maximal 3,2 Cent pro Minute in Rechnung stellen und für eine SMS beträgt die Obergrenze 1 Cent. Seit 2007 sind die Roaming-Preise in der EU immer wieder gedeckelt worden. Laut Kommission wurden diese Gebühren seitdem um über 90 Prozent gesenkt.

### Dauer der Reise spielt keine Rolle

Ab Mitte Juni wird dann das mobile Telefonieren, Versenden von SMS oder Surfen mit dem

Smartphone oder Tablet in anderen EU-Staaten die Verbraucher keine Aufschläge auf ihren heimischen Tarif mehr kosten. Das soll Reisenden zu Gute kommen, die dienstlich, auf Urlaub oder aus anderen privaten Gründen im EU-Ausland unterwegs sind. Dabei spielt es keine Rolle, wie lange die Reise dauert. Auch Menschen, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, dorthin zur Arbeit pendeln, von ihrer Firma für eine Weile dorthin geschickt werden oder Erasmus-Student sind, sollen die SIM-Karten ihres Gastlandes wie eine „Heimatkarte“ auf ihren Auslandsreisen benutzen dürfen.

Nicht gedacht ist das kostenlose Roaming dagegen für Mobilfunkkunden, die sich gezielt eine günstige SIM-Karte aus einem anderen Mitgliedstaat besorgen, um damit ständig zuhause zu telefonieren. Hier wurden Regeln beschlossen, die Mobilfunkanbieter vor Missbrauch schützen sollen. Die Preise in der EU

### Spezielle Regeln für Flat-Rates

Für Kunden, die zuhause Komplettangebote (Flat-Rates) haben, die günstigeres Surfen erlauben als die nun vereinbarten maximalen EU-Großhandelspreise, gelten im EU-Ausland besondere Regeln. Anrufe und Textnachrichten bleiben auch dort unbeschränkt. Datentransfer ist bis zu einem Volumen möglich, welches dem Doppelten entspricht, das der Kunde für seine Abonnementsgebühr zum EU-Großhandelspreis kaufen könnte.

seien nämlich sehr unterschiedlich, begründete das die EU-Kommission. Beispielsweise sei eine SIM-Karte in Irland sechseinhalb Mal und in Frankreich fünfmal teurer als in Lettland. Müsse das lettische Unternehmen für die dauerhafte Nutzung seiner SIM-Karte in Irland an den dortigen Telekommunikationsanbieter höhere Preise zahlen, als es auf dem heimischen Endkundenmarkt verdienen kann, „wäre es innerhalb weniger Tage pleite“, sagte der frühere EU-Kommissar für digitale Wirtschaft Günther Oettinger.

### Missbrauch verhindern

Deshalb dürfen Telekomunternehmen bei „auffälliger Nutzung“ eine Begründung von den Kunden verlangen. Hinweise auf Missbrauch kostenlosen Roamings könnten etwa sein:

- > Geringer inländischer Datenverkehr im Vergleich zur Roaming-Nutzung.
- > Lange Inaktivität einer SIM-Karte, die hauptsächlich oder ausschließlich beim Roaming eingesetzt wird.
- > Einsatz mehrerer SIM-Karten, die von einem Kunden nacheinander beim Roaming benutzt werden.

Liefert der Kunde keine zufriedenstellende Begründung, darf der Mobilfunkanbieter Aufschläge verlangen. Kunden, die sich ungerecht behandelt fühlen, sollen sich – notfalls bei der nationalen Regulierungsbehörde – beschweren können. (frh) >

■ Das Ende der Roaming-Gebühren

## Fischbestände und Lebensgrundlage der Menschen retten



Ohne die handwerklich arbeitenden Fischer wäre die soziale Stabilität vieler Küstenorte am Mittelmeer in Gefahr.

Die Staaten rund ums Mittelmeer wollen gemeinsam eine große Aufgabe anpacken: Sie wollen die bedrohten Fischbestände retten und gleichzeitig damit die wirtschaftliche Zukunft der vielen Küstenfischer, deren traditionelle Lebensweise und das reiche kulturelle Erbe, zu dem diese beitragen. Nach monatelangen Verhandlungen hat die EU-Kommission eine Verpflichtung der Mittelmeer-Anrainer für die nächsten zehn Jahre erreicht, um den ökologischen und wirtschaftlichen Reichtum der Region zu schützen. „Heute haben wir Geschichte geschrieben“, sagte der für Fischerei zuständige EU-Kommissar Karmenu Vella zur MedFish4Ever-Erklärung. Er hoffe, das werde ein Wendepunkt sein, „hin zu einer vielversprechenden Zukunft für Fischer, Küstengemeinden und Fischereiressourcen.“

> In der Erklärung verpflichteten sich Vertreter der nördlichen und südlichen Mittelmeeraanrainer, politische Verantwortung für ein Thema zu übernehmen, das bisher eher technisch angegangen wurde. Neben den acht EU-Ländern Spanien, Frankreich, Italien, Malta, Slowenien, Kroatien, Griechenland und Zypern sind auch Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, die Türkei, Albanien und Montenegro beteiligt. Sie einigten sich auf ein Arbeitsprogramm für die nächsten zehn Jahre. Zu den Kernpunkten gehören:

- > Bis 2020 angemessene Daten für alle wichtigen Meerestierbestände im Mittelmeer erheben und diese regelmäßig wissenschaftlich bewerten. Dabei sollen kleine Fischereibetriebe stärker eingebunden werden.
- > Mehrjährige Bewirtschaftungspläne für alle wesentlichen Arten einführen, wie es die EU-

### Mehr Fakten sammeln

Zur Unterstützung von MedFish4Ever hat die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission eine öffentliche Datenbank entwickelt, die bei der Überwachung der Fischbestände im Mittelmeer helfen soll. „Die Sammlung von Fischerei-Daten ist unerlässlich für die langfristige Nachhaltigkeit des Sektors. Die Datenbank enthält Daten zu den Beständen aus den vergangenen 10 Jahren“, erklärte EU-Forschungskommissar Tibor Navracsics.

Kommission für Fischbestände in der Adria schon getan hat.

- > Bis 2020 sollen alle Staaten die nötigen personellen und technischen Kapazitäten aufbauen, um illegale Fischerei zu unterbinden.
- > Nachhaltige, handwerkliche Fischerei und Aquakultur sollen gefördert werden, etwa durch Hilfen zur Modernisierung von Booten, Anschaffung schonender Fanggeräte oder die Beteiligung der Fischer am Umweltschutz.

Das Mittelmeer ist mit schätzungsweise 10.000 bis 12.000 verschiedenen Meereslebewesen außergewöhnlich artenreich. Doch dieser Reichtum ist in großer Gefahr, bedroht durch Umweltverschmutzung und Klimawandel, am meisten jedoch durch Überfischung. 93 Prozent der bewerteten Bestände gelten als überfischt. Mehr als ein Drittel des Fischbestandes ist in den vergangenen 50 Jahren verloren gegangen. Die EU hat reagiert. Sie hat ihre Fangflotten verkleinert, und die EU-Gesetzgebung schreibt Bewirtschaftungspläne und Umweltschutzanforderungen vor. MedFish4Ever soll ein großer Schritt dazu sein, dass sich alle anderen Anrainerstaaten an die gleichen Regeln halten.

An den langen Küsten rund um das Mittelmeer finden laut Kommission über 300.000 Menschen durch die Fischerei Arbeit. 80 Prozent der Fischfangflotte bestehen aus kleinen Küstenbooten von unter zehn Metern Länge. Sie bringen etwa ein Viertel aller Fänge an Land.

Brechen ihnen die Einnahmen weg, könnte die soziale Stabilität vieler Küstengemeinden in Gefahr geraten. Initiativen zur Erschließung neuer Einkommen, etwa durch regionale Eigenvermarktung von Produkten oder Angeboten für Urlauber sollen weiter gefördert werden.

### Erfolge machen Mut

Im Zusammenspiel der Akteure lässt sich durchaus etwas bewirken. So hat der Fischreichtum im Nordostatlantik wieder zugenommen, der Blauflossenthun im Mittelmeer hat sich durch Fangbeschränkungen so gut erholt, dass die Fangquoten zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder erhöht werden können. Beim Seehecht oder Schwertfisch soll nun durch rasches Handeln verhindert werden, dass die Bestände zusammenbrechen. Verbraucher können sich über verschiedene Quellen informieren, welche Arten gefährdet sind, zum Beispiel über die Webseite der Kampagne für MedFish4Ever (siehe unten). Dort ist nachzulesen, dass unter anderem Rote Tiefseegarnele, Europäische Sardelle, Meerbarbe, oder Kaisergranat in den meisten Gebieten des Mittelmeers überfischt sind.

„Zum Glück ist noch nichts verloren“, sagte die SPD-Europaabgeordnete und Fischereiexpertin Ulrike Rodust. „Die Fischbestände können sich erholen – wenn entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.“ (frh) >

MedFish4ever

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 18.04.2017 18.30 Uhr	„Où nous emmène l'Internet?“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> Deutsch-Französische Gesellschaft FFM e.V.	J. W. Goethe Universität Hörsaalgebäude HZ 12 Grüneburgplatz 1 <b>60322 Frankfurt a. M.</b>	www.dfg-frankfurt.de/pro- gramm_programme/index. php?l=de
> 18.04.2017 19.00–21.00 Uhr	„Die Briten verlassen die EU - Konsequenzen für Europa“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V. Schlossplatz 1d <b>06886 Lutherstadt Wittenberg</b>	www.kas.de/sachsen-anhalt/ de/events/72186/
> 20.04.2017 18.00 Uhr	„Wie lassen sich globale Herausforderungen lösen?“ <b>Die EU und die Agenda 2030“</b> Diskussion <b>Veranstalter:</b> Europe Direct Info-Point Europa Hamburg	Katholische Akademie Hamburg Herrengaben 4 <b>20459 Hamburg</b>	www.infopoint-europa.de/ veranstaltungen/anmeldung/
> 24.04.2017 18.00 Uhr	Preisverleihung „Junge Europäer*innen des Jahres 2017“ sowie „Schwarzkopf-Europa-Preis“ Festveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europäische Kommission, Schwarzkopf-Stiftung	Vertretung der Europäischen Kommission Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	http://schwarzkopf-stiftung. de/events/europa-feiern- preisverleihung-2017/
> 24.04.2017 19.00–21.00 Uhr	„Das Ende der Solidarität in Europa? Die Staaten der EU- Osterweiterung und ihre politische Entwicklung anhand ausgewählter Beispiele“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Vechta	Antoniushaus Klingenhagen 6 <b>49377 Vechta</b>	www.europatermine.de/ter- mine/datum/2017/april/24/ termin/einzel/das_ende_der_ solidaritaet_in_europa-1.html
> 26.04.2017 19.00–21.00 Uhr	„Die Sicherheitslage in Deutschland und Europa – Nutzen Terroristen die Not der Flüchtlinge für ihre Ziele?“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	Palais S Ankerstraße 3 <b>06108 Halle (Saale)</b>	www.kas.de/sachsen-anhalt/ de/events/71756/
> 27.04.2017 12.30–14.00 Uhr	„Wie sozial wird Europa?“ Bürgerdialog der Europäischen Kommission <b>Veranstalter:</b> Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Europa-Union Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	https://eu-kommission. yve-tool.de/public_registra- tion/5301
> 28.04.2017 17.00–20.00 Uhr	„Nach BREXIT mehr Exit? - Welche EU wollen wir ohne die Briten?“ Diskussionsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Europa-Union KV Bonn/Rhein-Sieg und Junge Europäische Föderalisten Bonn	Europäische Kommission Regionalvertretung in Bonn Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 <b>53111 Bonn</b>	www.bonn-rhein-sieg. europa-union.de/termine/
> 07.05.2017 17.00 Uhr	„16. Europa-Gipfel auf Schloss Fürstenstein“ Mit Günther Oettinger und Manfred Weber <b>Veranstalter:</b> Europa-Union Bayern, Bezirksverband Niederbayern	Schloss Fürstenstein Burgstraße 10 <b>94538 Fürstenstein</b>	Anmeldung: europa- gipfel@t-online.de

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de)

## IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

### Herausgeber:

#### Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

#### Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

#### Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

#### Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89  
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

### Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holz-  
herkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



### Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwort-  
lich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem  
Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner  
Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender  
Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

## LEITFADEN FÜR JUNGE ERWACHSENE

**Extremismus im frühen Stadium entgegenwirken**

Junge Leute sind in einer ausgezeichneten Position, andere junge Menschen zu beeinflussen und zu verhindern, dass sie sich radikalieren und extremen Ideen folgen. Aus dieser Überzeugung heraus haben zehn junge Erwachsene aus aller Welt einen Leitfaden entwickelt, wie sich extremistische Gewalt in Gemeinschaften vor Ort und grenzüberschreitend bekämpfen und bereits im frühen Stadium ersticken lässt. Darin stellt etwa Fatima Zaman aus Großbritannien Ideen zur Förderung von Bildung unter Jugendlichen vor und Björn Ihler aus Norwegen, der den Anschlag durch Anders Breivik überlebt hat, schreibt darüber, wie man Hasspropaganda in sozialen Medien begegnen kann.

Die Initiative mit dem Titel „Extremely together“ wurde von der EU, der Kofi-Annan-Stiftung und der Plattform One Young World auf den Weg gebracht und von letzterer und der EU mit 600.000 Euro unterstützt. „„Extremely together“ befähigt junge Menschen dazu, Vertreter für Frieden, Toleranz und Hoffnung zu werden“, sagte Neven Mimica, EU-Kommissar für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung.

■ [Jugendinitiative „Extremely together“](#)

## SCHUTZ GEGEN FÄLSCHUNGEN VERBESSERT

**Neue 50-Euro-Banknote ist im Umlauf**

Die Verbraucher im Euroraum werden in diesen Tagen neue Banknoten zu Gesicht bekommen. Am 4. April hat die Europäische Zentralbank die neu gestalteten 50-Euro-Scheine in Umlauf gebracht. Sie sind die vierte Stückelung der so genannten „Europa-Serie“, von der es bereits Geldscheine im Wert von fünf, zehn und 20 Euro gibt. Ziel der „Europa-Serie“ ist es, Geldfälschern die Arbeit durch zusätzliche Sicherheitsmerkmale zu erschweren.



So gibt es beim 50-Euro-Schein ein Porträt-Fenster am oberen Rand des Hologramms, das durchsichtig wird, wenn der Geldschein gegen das Licht betrachtet wird. Im Fenster erscheint das Porträt der Europa, einer Gestalt aus der griechischen Mythologie. Der Fünfziger ist laut EZB der am häufigsten genutzte Euro-Geldschein. Die über neun Milliarden alten Banknoten bleiben weiter gesetzliches Zahlungsmittel, werden aber nach und nach aus dem Verkehr gezogen.

■ [Neue 50-Euro-Banknote im Umlauf](#)

## VIDEOWETTBEWERB FÜR JUNGE LEUTE

**Vision von der digitalen Zukunft ins Bild setzen**

Wie wird die digitale Technologie das Leben in Europa 2025 verändert haben? Mögliche Antworten auf diese Frage möchte die EU-Kommission gern von jungen Menschen zwischen 16 und 25 Jahren bekommen. Sie hat dafür einen Video-Wettbewerb gestartet, bei dem bis zum 28. April Filme zwischen 45 Sekunden und 1,15 Minuten Länge eingereicht werden können. Möglich sind etwa kurze fiktionale Geschichten, Animationen, in die Kamera gesprochene Visionen oder andere Stilformen. Zwei Preisträger werden durch öffentliche Abstimmung und drei durch eine Jury ausgewählt. Sie gewinnen Reisen für zwei Personen zur europäischen „Digital Assembly“ am 15. und 16. Juni auf Malta. Weitere Preise sind mobile Videoproduktionsausrüstungen.

Mögliche Themen der Videos können die Veränderungen der Kommunikation der Menschen durch die digitale Technologie sein, deren Beitrag zur Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen oder zum Klimaschutz, neue Wege, Kunst zu schaffen zu entdecken und zu teilen. Der Kreativität der Teilnehmer sind aber keine Grenzen gesetzt.

■ [Digital Tomorrow](#)

## KARRIERE BEI DER EU

**Bewerber aus Deutschland werden unterstützt**

In den EU-Institutionen gibt es viele interessante Arbeitsplätze. Für zahlreiche Berufsgruppen bieten sich in EU-Kommission, Europäischem Parlament, Ministerrat, Europäischem Gerichtshof, Wirtschafts- und Sozialausschuss und anderen Institutionen spannende Karrieremöglichkeiten in internationalem Umfeld. Um EU-Beamtin oder Beamter zu werden, muss man erfolgreich an einem Auswahlverfahren des Europäischen Amtes für Personalauswahl (EPSO) teilnehmen. Die Verfahren (Concours) für Generalisten mit mindestens Bachelorabschluss finden normalerweise einmal pro Jahr statt, daneben gibt es bei Bedarf Auswahlverfahren für verschiedene Spezialisten. Das diesjährige allgemeine Auswahlverfahren wurde am 30. März gestartet.

Um eine angemessene deutsche Präsenz in den EU-Institutionen zu wahren, unterstützt das Auswärtige Amt Bewerberinnen und Bewerber durch Informationsveranstaltungen, Vorbereitungskurse, Webinare und Coachings bei der Teilnahme am Concours. Weitere Informationen und Termine finden sich auf folgender Internetseite.

■ [Auswahlverfahren für Beamtenlaufbahn](#)